

1. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums, Jesuitenstr. 10, 85049 Ingolstadt;

**Genehmigung des Gesamtraumprogramms sowie des Teilraumprogramms für den Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau);
Programmgenehmigung**

2. Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des Apian-Gymnasiums, Maximilianstr. 25, 85051 Ingolstadt;

Start LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept

(Referenten: Herr Grandmontagne, Herr Hoffmann, Frau Wittmann-Brand)

Antrag:

1. Der **Generalsanierung** und dem **Umbau der Gebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** sowie einem **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** am Katharinen-Gymnasium wird zugestimmt.
- 1.1 Für das Katharinen-Gymnasium wird zur Beschulung von **50 Klassen/ Kursen (5,5 Züge)** mit interimsmäßiger Unterbringung von weiteren zwei Klassen/ Kursen ein **Gesamtraumprogramm** von ca. 8.560 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
 - 1.1.2 Teilraumprogramm für den **Ersatzneubau des Gebäudes C (Neubau)** mit Flächen für die Fachräume Musik und Naturwissenschaften (Physik, Chemie, Biologie, Natur und Technik) von ca. 1.630 m² NUF 1-6.
 - 1.1.3 Raumprogramm der **Bestandsgebäude A (Hauptbau) und B (Kollegstufenbau)** mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich und Flächen für die offene Ganztagsbetreuung von ca. 6.930 m² NUF 1-6.
- 1.2 Für einen Küchen- und Speisenbereich stehen in den Bestandsgebäuden keine Flächen zur Verfügung. Die **Mittagsverpflegung** soll weiterhin über die Nutzung der benachbarten zentralen Schülerschule der Katholischen Canisiusstiftung, Fechtgasse 2, 85049 Ingolstadt sowie ein Mittagsverkauf über den extern verpachteten Pausenverkauf am Katharinen-Gymnasium erfolgen.
- 1.3 Einer Neugestaltung/ Aufwertung/ Nutzbarmachung von **Aufenthaltsflächen im Außenbereich (Pausenhof und Dachflächen)** wird zugestimmt.
- 1.4 Für das **Katharinen-Gymnasium** wird ein Sportanlagenraumprogramm für **3 Übungseinheiten** (57,9 Sportklassen) unter Berücksichtigung der Nutzung des Sportbades genehmigt:

Hallensportanlage

Katharinen-Gymnasium (2 Übungseinheiten) im Bestand mit Betriebsräumen
(Generalsanierung und Umstrukturierung)

Bezirkssportanlage Mitte (Nutzung 1 Übungseinheit) im Bestand mit Betriebsräumen

Freisportanlagen

Am Katharinen-Gymnasium stehen keine Freisportanlagen zur Verfügung und können dort auch nicht untergebracht werden. Die Freisportanlagen mit Betriebsräumen sollen weiterhin an der benachbarten Bezirkssportanlage Mitte genutzt und nachgewiesen werden. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung und Abstimmung eines Freisportanlagenkonzepts mit der Regierung von Oberbayern für die in die Bezirkssportanlage Mitte eingewiesenen Schulen bzw. der innerstädtischen Schulen beauftragt.

- 1.5 Für die Generalsanierung, Umbau und Ersatzneubau des Gebäudes C des Katharinen-Gymnasiums wird die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von ca. 10 Mio. € für Planungskosten genehmigt. Die Finanzmittel wurden bei der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium - Sanierung und Erweiterung) im Haushalt und Investitionsprogramm 2025 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahmen ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
- 1.6 Der Beauftragung von Planungsleistungen LPH 1 bis LPH 2 bis zur Projektgenehmigung wird zugestimmt.
- 1.7 Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die erforderlichen Finanzmittel sind in den unter 1.5 genannten Beträgen enthalten und wurden in Höhe von 100.000 € auf der Haushaltsstelle 232000.940111 (Katharinen Gymnasium – Generalsanierung) zum Haushalt 2025 angemeldet.
2. Zur Vorbereitung der Generalsanierung, Umbau und Erweiterung des **Apian-Gymnasiums** wird die Verwaltung beauftragt mit der LPH 0 – Bedarfsermittlung, Entwicklung Raumprogramm und Raumkonzept zu beginnen und diese dem Stadtrat zur Programmgenehmigung vorzulegen.

Ausschuss für Kultur und Bildung	26.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	28.11.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	03.12.2024	Vorberatung
Stadtrat	17.12.2024	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 03.12.2024

Gemäß der Investitionsplanung sei die Generalsanierung für das Katharinen-Gymnasium 2031/2032 und für das Apian-Gymnasium 2032/2033, also nach der nächsten Wahlperiode, geplant, so Stadtrat Wittmann. In der Investitionsliste seien jeweils 5 Millionen Euro für die Planungen veranschlagt. Er sei der festen Überzeugung, dass es zum jetzigen Zeitpunkt

falsch sei, die ganzen Planungen zu machen, wenn sie vielleicht erst in zehn Jahren umgesetzt werden würden und dann überholt seien. Deswegen sei sein Vorschlag, mit Ausnahme der Generalsanierung die anderen Planungen voranzutreiben und das Geld, das für die Generalsanierung vorgesehen war, bereits jetzt in die Schulen zu investieren. Die Finanzsituation der nächsten Jahre sei äußerst schwer zu prognostizieren, weshalb eine millionenschwere Generalplanung den völlig falschen Weg darstelle. Das Geld sei besser angelegt, wenn es direkt in beide Gymnasien investiert werde, wie Sanierung des Daches des Katharinen-Gymnasiums. Denn da gebe es genügend Sanierungsbedarf. Über diesen Vorschlag müsse man nicht heute entscheiden, sondern könne in der Stadtratssitzung am 17.12.2024 darüber abstimmen, so Stadtrat Wittmann. Er habe bereits mit Herrn Hoffmann über die Thematik gesprochen. Seiner Aussage nach, werde die Generalsanierung von der Regierung von Oberbayern als Gesamtpaket angesehen. In Anbetracht der äußerst schwierigen finanziellen Situation halte er aber ein Entgegenkommen der Regierung für möglich.

Die Sanierungen der Ingolstädter Schulen sei ein äußerst wichtiges Anliegen, betont Herr Pröbstle an seinen Vorredner. Zwischenzeitlich seien für die gesamten Bauunterhalt für alle Gebäude nur noch 9 Millionen Euro veranschlagt. Im Rahmen des strategischen Immobilienmanagements sei der Plan gewesen, stärker in die Sanierungen einzusteigen und die entsprechenden Fördermittel zu beanspruchen. Wenn man nun Einzelmaßnahmen, wie die Dachsanierungen des Katharinen-Gymnasiums angehen würde, müsste die Stadt die Kosten komplett selbst tragen, ohne Fördermittel. Er plädiert dafür, die notwendigen Sanierungstätigkeiten voranzutreiben.

Auch er wolle die Generalsanierung geplant haben, jedoch nicht zum jetzigen Zeitpunkt, sondern in zwei bis vier Jahren, entgegnet Stadtrat Wittmann seinem Vorredner. Auch dann habe man Anspruch auf die Zuschüsse. Es gebe genügend dringende Maßnahmen, die jetzt gemacht werden müssten. Wenn die Planung so aufgestellt werde, wie sie aktuell vorliege, werde überhaupt nichts gemacht, außer dass eine Förderung im Jahr 2032/2033 in Aussicht gestellt werde. Früher seien die defekten Dinge sofort repariert worden. Dann sei man auf die Generalsanierungen umgestiegen, weil es dafür die Zuschüsse gebe. Nun befinde sich die Stadt jedoch aufgrund der finanziellen Lage in einer Situation, in der sie sich solche Großprojekte nicht mehr leisten könne. Mit der Regierung von Oberbayern sollte nochmal das Gespräch gesucht werden.

Im Rahmen des Bauunterhalts habe man immer wieder Defektes, wie auch beim Dach des Katharinen-Gymnasiums oder den Toiletten im Apian-Gymnasium, repariert, entgegnet Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Diese Reparaturen würden aber selbstverständlich keine Generalsanierung ersetzen.

Stadtrat Höbusch fehle ein Gesamtplan. Das Raumprogramm des Apian-Gymnasiums werde bereits über drei Jahre geplant. Man hinke zeitlich sehr hinterher. Andererseits könne er nicht nachvollziehen, warum die bereits jetzt an der Grenze befindliche Schülerzahl im Katharinen-Gymnasium einen weiteren Neubau bei gleichbleibender Schülerzahl unter Abriss des zuletzt aufgebauten Bauteils C, erfordere. Ihm gehe eine Flexibilität innerhalb der Schülerschaft in der Stadt ab. Am Apian-Gymnasium gebe es entsprechend größere Flächen und Erweiterungsräume, die beim Katharinen-Gymnasium bei einer zusätzlichen Verdichtung vielleicht realisierbar wären. Dagegen würden am Schulzentrum Südwest noch Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Deswegen sei gegebenenfalls eine getrennte Abstimmung im heutigen Ausschuss oder in der Stadtratssitzung am 17.12.2024 sinnvoll.

Die Verbesserung des baulichen Zustands der Schulen beziehungsweise der Gebäude insgesamt sei ein ganz großes Anliegen, betont Herr Pröbstle und man versuche die Situation der Gebäude mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verbessern. Aktuell seien fast 13 Millionen Euro für den Bauunterhalt ausgegeben worden. Allerdings gestalte sich das Problem so, dass bei allen Reparaturen et cetera klar sei, dass diese keine

dauerhafte Lösung sein werden, da es dafür einer großen Sanierung bedarf. Dies könne man in einem gewissen Umfang betreiben, aber irgendwann müsse man substanziell an die Sache herangehen. Er plädiert für die abgestimmten Sanierungen mit der Möglichkeit, viele Fördermittel in Anspruch nehmen zu können.

Herr Grandmontagne stimmt Stadtrat Wittmann zu, dass man an der Situation dringend etwas ändern müsse. Deswegen versuche man auch alles in einem Paket zu vollziehen. Wie sich die Genehmigung des Freistaates Bayern gestalte, könne er nicht sagen. Das Raumprogramm sei ein Teil der Generalsanierung. Davon würden die Fördergelder abhängen. Er sagt zu, bis zur Stadtratssitzung am 17.12.2024 nochmal das Gespräch mit dem Freistaat Bayern zu suchen, um zu besprechen, ob es auch andere Optionen zur Gewährung von Fördergeldern gäbe. An Stadtrat Höbusch gerichtet entgegnet er, dass man seitens des Freistaates Bayern die klare Ansage habe, das Katharinen-Gymnasium auf 5,5 und das Apian auf 6,5 Züge auszuweiten, um den notwendigen Raum für Schüler zu schaffen. Die Frage könne nicht kommunal entschieden werden, wenn man Landesgelder haben wolle. Er geht auf die Äußerung, dass es in München nur wenige Gymnasien gebe, die größer als sechszügig seien, von Stadträtin Leininger ein, die im Ausschuss für Kultur und Bildung gefallen sei. Dies stimme so nicht. Es gebe 57 Gymnasien, wovon 30 städtisch oder staatlich und davon wiederum 11 sechszügig seien, korrigiert er. Für alle Neubauprojekte habe die Stadt München die Obergrenze von sechs Zügen erlassen, stellt Herr Grandmontagne klar. Wie man es drehe und wende, man komme immer wieder zur gleichen Situation zurück und brauche dringend diese Raumgenehmigung vom Freistaat Bayern. Alle Raum- und baulichen Planungen, die Frau Bürkl und Herr Pröbstle angestellt hätten, würden auf der ministeriellen Genehmigung beruhen. Seit Jahren arbeite man an dieser Genehmigung und mit jeder Schleife, die man drehe, dauere es noch länger. Er sei an der Stelle ratlos und wisse nicht, was man noch machen könne. Denn wenn es sich wieder verzögere, dauere es nur noch länger und werde wieder teurer.

Die Schleife werde immer länger und die Zeit des Flickens sei vorbei, stimmt Stadtrat De Lapuente Herrn Grandmontagne zu. Die Generalsanierung müsse im Mittelpunkt stehen. Das Projekt wieder nach hinten zu schieben, weil die Haushaltslage und viele andere Dinge nicht passen würden, sei der Investition in die Ingolstädter Schulen nicht würdig. Er glaubt, dass die Generalsanierung so, wie sie aktuell geplant sei, durchgezogen und sobald es die Genehmigung des Freistaates Bayern gebe, sofort damit angefangen werden müsse. Jedes Jahr würden Millionen in den Unterhalt und das notdürftige Reparieren fließen. Die große Generalsanierung müsse jetzt dringend kommen, betont er.

Die beiden Schulen müssten generalsaniert werden, stellt Stadtrat Schäuble fest. Daran führe kein Weg vorbei. Allerdings beschäftige den Stadtrat nebenbei auch das Zweckverbands Gymnasium in Pfaffenhofen. Das alles werde in einem engen Zeitkorridor von zwei Sitzungsläufen behandelt. Dass es der Generalsanierung dringend bedarf, sei unbestritten und es gebe niemanden, der das nicht sehe. Aber diese werde Zeit brauchen, stimmt er Stadtrat Wittmann zu. Bis dahin benötige es Maßnahmen. Es gehe nicht nur um die Generalsanierung, sondern auch um die Konzeption und die Zukunftsfähigkeit. Denn die Schülerzahlen werden laut Prognose weiter steigen. Er sei der Meinung, dass ein weiteres Gymnasium für die Ingolstädter Schullandschaft auch strukturell deutlich zukunftssicherer sei und dass man noch nicht alle politischen Möglichkeiten, diese Entscheidung anzugehen, ausgeschöpft habe. Die Verwaltung habe alles getan, was in ihrer Macht stehe, aber der Stadtrat habe durchaus noch Möglichkeiten, kreativ zu überlegen und die Entscheidung zum Wohle Ingolstadts zu ändern. Wenn das der Fall wäre, würde das für die Stadtverwaltung enorm viel Arbeit bedeuten. Aber auch beim Reuchlin-Gymnasium könne man die Probleme sehen, die mit der Erweiterung einhergehen würden. Als Stadtrat müsse man doch innehalten und überlegen dürfen, wie etwas entwickelt werden könne, ohne dass der Verdacht aufkomme, gegen die Schulentwicklung oder eine Generalsanierung zu sein. Denn beides sei nicht der Fall, betont er. Die Zeit sei zu knapp um solch großen Entscheidungen zu treffen.

Stadtrat Stachel stimmt den Ausführungen seitens Stadtrat Schäuble zu. Die Generalsanierung werde dringend benötigt. Doch der Umfang der geplanten Maßnahmen und dem Zeithorizont, der für die Entscheidung aktuell vorgegeben sei, bereite ihm Zweifel. Es seien noch politische Anstrengungen notwendig, um bessere Entscheidungen für Ingolstadt zu treffen. Dies brauche Zeit. Er engagiere sich diesbezüglich bereits, könne zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch nichts Handfestes vorweisen. Er warnt davor, bereits jetzt Beschlüsse zu fassen und dem Freistaat Bayern mitzuteilen, an denen danach nichts mehr zu ändern sei. Die Baustelle am Apian-Gymnasium währe nun schon Jahre. Stadtrat Stachel plädiert für den von Stadtrat Wittmann vorgeschlagenen Weg. Auf ein paar Wochen dürfe es nun nicht mehr ankommen. Wenn man allerdings der Meinung sei, dass die Zeit nicht mehr ausreiche, habe man seines Erachtens insgesamt schlecht gearbeitet.

Bei all den Sanierungsgedanken dürfe man nicht vergessen, dass man die zusätzlichen Schülerkapazitäten von 1,5 Zügen dringend benötige, merkt Herr Grandmontagne an.

Es komme immer wieder die Diskussion um den Bau eines neuen Gymnasiums auf, so Stadtrat Achhammer. Wenn, dann müsste dieses zentral liegen und er sehe nirgends einen möglichen Standort dafür. Es sei bereits schwierig für die Mittelschule Nordost einen geeigneten Ort zu finden. Den Aussagen der Verwaltung müsse man Vertrauen schenken, betont er und führt weiter aus, dass er deswegen nur die Möglichkeit sehe, der zeitintensiven Beschlussvorlage der Verwaltung zuzustimmen. Er könne einer weiteren Diskussionsrunde durchaus etwas abgewinnen, um genauer zu überlegen und entscheiden zu können. Seiner Meinung nach, gehöre das Katharinen-Gymnasium generalsaniert und um 1,5 Züge erweitert. Dies müsse so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Er plädiert dafür, in der nächsten Stadtratssitzung endgültig einen Beschluss zu fassen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf stimmt seinem Vorredner zu. Es sei völlig legitim nochmal zu reflektieren und zu hinterfragen, ob man nicht doch an irgendeiner Stelle neu bauen könne oder es eine andere Lösung gebe. Allerdings beschäftige er sich seit Jahren mit dem Thema und man komme immer wieder zu demselben Ergebnis: der Generalsanierung. Die derzeitige finanzielle Situation gestalte sich so schwierig. Aber auch andere Städte würden diese Probleme betreffen. Das Thema Bildung und Schulen sei wichtig und müsse in Ingolstadt bewältigt werden. Es nütze nichts, dieses Vorhaben noch weiter zu schieben. Die Zeithorizonte seien heutzutage sehr lang, weil sämtliche Prozesse mit Ausschreibungen und Wettbewerben eingehalten werden müssten. Jede Möglichkeit Standards zu reduzieren oder Zeitpläne abzukürzen, müsse wahrgenommen werden. Er betont, dass man dieses Vorhaben sowohl auf das Katharinen-Gymnasium, als auch auf das Apian-Gymnasium bezogen, angehen müsse. Man habe wie beim Stadttheater bereits viel zu lange gewartet. Irgendwann müssten Entscheidungen getroffen werden. Auch das gemeinsame Gymnasium in Pfaffenhofen sei sinnvoll. Dagegen mache es keinen Sinn, zukünftig sämtliche Schüler aus den Landkreisen abzulehnen, weil man nur noch für die Ingolstädter Schüler Kapazitäten habe. Denn es könne durchaus passieren, dass die Landkreise irgendwann keine Ingolstädter Schüler mehr aufnehmen würden. Er plädiert dafür, das gemeinsame Gymnasium mit Pfaffenhofen auf den Weg zu bringen. Wenn es nur 30 Prozent Ingolstädter Schüler seien, zum Beispiel mit einer Zahl von 120 Personen, zahle man nur 20 Prozent. Das werde spitz gerechnet. Nach fünf Jahren würde der Durchschnitt errechnet werden. Dies sei ein bekanntes und bewährtes System.

Stadtrat Wittmann äußere sich gegen das Gymnasium in Manching, weil es nicht finanzierbar sei. Denn man habe nicht einmal das Geld, die notwendigen Dinge in Ingolstadt selbst zu realisieren. An Stadtrat De Lapuente entgegnet er, dass er nie zum Ausdruck habe bringen wollen, gegen eine Generalsanierung zu sein. Es sei wichtig, dass überhaupt etwas passiere. Jetzt würden 10 Millionen Euro nur für Planungen ausgegeben werden. Es sei unwahrscheinlich, dass diese Planung im Jahr 2032 auch so umgesetzt werden könne. Er sei absolut dagegen. Wenn es jedoch nicht anders gehe, stimme er zu, so

Stadtrat Wittmann. Nichtsdestotrotz bittet er darum, mit der Regierung nochmal ins Gespräch zu gehen, um das mühevoll zur Verfügung gestellte Geld direkt für das Katharinen-Gymnasium, zum Beispiel dessen Dachsanierung und das Apian-Gymnasium so einzusetzen, dass die Schulen direkt etwas davon hätten. Die Kapazitäten müssten sofort geschaffen werden, betont er und führt weiter aus, dass er nicht gesagt habe, dass das Haus C nicht sofort umgesetzt werden solle. Das halte er für das Wichtigste. Die Generalsanierung sei darüber hinaus ein riesiger Aufwand. Im Jahr 2016 habe er prognostiziert, dass die Sanierung des Stadttheaters nicht vor 2020 passieren werde, was einen großen Aufruhr zur Folge hatte. Genauso komme es jetzt wieder. Man müsse schauen, dass etwas vorwärts gehe und nicht nur diskutiert und geplant werde. Wenn man diese Beschlussvorlage beschließe, springe man zu kurz, bekräftigt Stadtrat Wittmann.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf entgegnet seinem Vorredner, dass es ein Widerspruch in sich sei, zu sagen, dass endlich gehandelt werden müsse. Genau das werde mit den nun bevorstehenden Beschlüssen beabsichtigt. Die Dachsanierung würde auch rein bautechnischer Sicht nicht funktionieren. Sämtliche Konstellationen seien bereits durchdacht worden, aber nur die Generalsanierung führe zum gewünschten Ziel.

Frau Bürkl stellt nochmal das Gymnasialkonzept vor. Egal ob man das Zweckverbands Gymnasium Pfaffenhofen regional oder stadtweit betrachte, seien die Erweiterungen beim Katharinen-Gymnasium auf 5,5 Züge und beim Apian-Gymnasium auf 6,5 Züge notwendig, um die Schülerzahl unterzubringen. Aus diesem Grund sei für das Katharinen-Gymnasium das entsprechende Konzept erstellt worden. Auch das Raumprogramm sei in enger Abstimmung mit der Schule entwickelt worden. Die Räume für Fächer wie Chemie und Physik sollen vorerst in einem eigenen Gebäude verortet werden, damit man mit der Sanierungsphase des Bestandsgebäudes und der gesamten Fachräume beginnen könne. Im Bestandsbau sollen dann überwiegend die nichttechnisch-lastigen Räumlichkeiten untergebracht werden, weil das in dem denkmalgeschützten Gebäude auf diesem Weg wesentlich einfacher sei.

Wie hoch der Anteil der Kosten des Zweckverbands Gymnasiums sein werde, stehe bisher nicht fest und werde anhand der Schülerzahlen bemessen, stellt Oberbürgermeister Dr. Scharpf klar.

Stadtrat Köstler stimmt Stadtrat Schäuble zu, dass es auch der ödp-Stadtratsgruppe etwas zu schnell gehe. Man habe Bedenken, wenn das neueste Gebäude des Katharinen-Gymnasiums direkt wieder abgerissen werde. Deswegen wolle man das Konzept insgesamt und auch regional betrachtet nochmal durchsprechen wollen.

Das erstellte Konzept sei sehr gut, meint Stadtrat Schäuble an Frau Bürkl gerichtet. Es bestehe die Frage, ob die Maßgaben bei der Regierung nochmal aufgegriffen werden könnten oder nicht. Beim Zweckverbands Gymnasium gehe es einerseits um die Investitionskosten und andererseits um die laufenden Kosten. Aktuell gebe es in Ingolstadt sehr viele Gastschüler. Dies sei seit vielen Jahrzehnten in Ingolstadt der Fall, die mit 950 Euro pro Jahr Beitrag im Gymnasialbereich geführt werden würden. Der monetäre Ausgleich sei im Gesetz der bayerischen Landesregierung festgesetzt. Nun wisse man jedoch, dass das bei weitem nicht ausreiche, um die laufenden Kosten zu decken. Dies hätten die Erfahrungen aus dem Zweckverband Eichstätt gezeigt. Das bedeute, dass man nicht nur den Invest heraustransferiere, sondern Jahr für Jahr eine finanzielle Dysbalance weiter aufbaue. Wenn man die vollen Kosten im Zweckverband anteilig trage, die Gastschüler aus dem Landkreis in Ingolstadt aber Gastschulbeiträge zahlen würden, die signifikant niedriger seien, bedeute das, dass man jedes Jahr Geld in den Landkreis transferiere, aber für die gleiche Leistung, die man in Ingolstadt bekomme, mehr bezahle. Er begrüßt es, dass Ingolstadt für die ganze Region 10 viele Leistungen im Bereich der Bildung und Kultur bereitstelle und Mittelpunkt sei, jedoch nicht, in der jetzigen Haushaltslage. Im Bereich der Schulen müsse man auf die drohende Dysbalance achten. Das Grundproblem

stelle der verspätete Bau des Gymnasiums dar. So bade Ingolstadt das Versäumnis des Landkreises Jahr für Jahr aus. Deshalb müsse im heutigen Finanzausschuss hinterfragt werden, ob es das richtige Konzept sei, um Ingolstadt in Zukunft finanziell zu konsolidieren. Es gehe ihm auch um die Leistungsgerechtigkeit, die er bei beiden Konzepten als nicht gegeben ansehe, so Stadtrat Schäuble. Weil das Zusammenspiel aller äußerst komplex sei, findet er, dass das Thema mehr als eine Behandlung in einem Sitzungslauf verdient habe.

Stadtrat Stachel erklärt, dass er eine ähnliche Ansicht wie Stadtrat Schäuble habe. Die Thematik mit dem Verbandsgymnasium solle nicht nur so verstanden werden, einen Beitrag für ein gutes Miteinander in der Region zu leisten. Es gehe auch um Leistungsgerechtigkeit, findet er. Wenn man sich Kapazitäten im Landkreis Pfaffenhofen sichern wolle, dann könne er dies nur bedingt hinnehmen. Denn daraus müsse eigentlich folgen, dass sich auch der Landkreis Pfaffenhofen ausreichend Kapazitäten für seine eigenen Schüler sichere. Diese würden in Ingolstadt jedoch nur rund 950 Euro pro Schüler zahlen. Aus den Landkreisen würden weiterhin Schüler nach Ingolstadt kommen. Dies sei nicht zu vermeiden. Im Umkreis gebe es überall Landräte und Bürgermeister, die den FREIEN WÄHLERN angehören würden und von den Ausgleichszahlungen für die Gastschüler betroffen seien. Stadtrat Stachel teilt mit, den Kontakt zu ihnen bereits gesucht zu haben. Es gelte für Ingolstadt Politik zu machen. Leider habe der Landkreis für die Standorteinigung sehr lange gebraucht und nun stehe die Stadt Ingolstadt vor der Situation, Entscheidungen über eine Generalsanierung des Katharinen-Gymnasiums zu treffen, die die Kosten sprengte und einer entsprechenden Schülerzahlentwicklung, die die Erhöhung der Züge dringend erfordere. Nichtsdestotrotz sei es die Pflicht, auf den Haushalt der Stadt Ingolstadt zu achten. Das Problem sei doch, dass Ingolstadt mit einer Beteiligung an dem Zweckverbands Gymnasium eine feste finanzielle Verpflichtung eingehen würde, was bei den anderen nicht der Fall sei. Aufgrund der Komplexität des Thema plädiert er wie Stadtrat Schäuble dafür, noch mehr Zeit zu bekommen, um dem Ganzen gerecht zu werden. Er stellt den Antrag, die Beschlussvorlage zurück in die Fraktionen zu geben.

Letztlich müssten die Kapazitäten ausreichen, gibt Oberbürgermeister Dr. Scharpf zu bedenken. Das sei hoffentlich unstrittig.

Das Gymnasialkonzept beinhalte die Betrachtung der stadtweiten und regionalen Sachlage, erklärt Frau Bürkl. Wenn man in Ingolstadt circa 5.100 Plätze brauche und das Apian-Gymnasium auf 6,5 Züge und das Katharinen-Gymnasium auf 5,5 Züge ausgelegt werde, bringe man die Kapazitäten in Ingolstadt unter. Deswegen sei es für die Verwaltung wichtig, eine Entscheidung zu treffen. Wenn man für das Katharinen-Gymnasium keine Entscheidung treffe, könne man hinsichtlich des Raumprogramms nicht weiter planen und ein Raumkonzept in Leistungsphase 1 erstellen. Dies habe zur Folge, dass sich alles wiederum nach hinten verschiebe. Aufgrund dessen bittet Frau Bürkl bei der Beschlussvorlage um Zustimmung.

Die Erweiterung des Katharinen-Gymnasiums müsse stattfinden, damit man überhaupt die eigenen Schülerinnen und Schüler unterbringen könne, betont Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Das Zweckverbands Gymnasium in Manching sei ein Puffer für die Ingolstädter Schüler, der das Abweisen überregionaler Schüler verhindern solle.

Stadtrat Köhler könne nicht nachvollziehen, warum das Thema Zweckverband Pfaffenhofen diskutiert werde, wenn es heute nicht Bestandteil der Tagesordnung sei. Er bittet darum, sich auf die Themen der Tagesordnung zu konzentrieren. Die Generalsanierung der beiden Gymnasien sei absolut erforderlich. Dafür müsse endlich ein Beschluss gefasst werden, bekräftigt er.

Beim Gymnasialkonzept Ingolstadts müssten alle Punkte betrachtet werden, entgegnet Oberbürgermeister Dr. Scharpf an Stadtrat Köhler. Die Beschlussvorlage werde zur

Beratung zurück in die Fraktionen gegeben, stellt er fest. In der nächsten Stadtratssitzung werde über das Thema nochmal diskutiert.

Stadtrat Achhammer bittet Herrn Grandmontagne darum, hinsichtlich der Kosten in Höhe von 10 Millionen Euro für die Planungen, in der Stadtratssitzung am 17.12.2024 nochmal eine Aussage darüber zu treffen, wie dies machbar wäre. Schließlich sei für Planungen in der Vergangenheit bereits sehr viel Geld ausgegeben worden, letztendlich aber nie gebaut worden.

Der Antrag der Verwaltung wird zur Beratung zurück in die Fraktionen gegeben.